unterstützt. In der Welt vieler Impfgegner gilt ein Schulmediziner als Feind.

Als Thiel der Kinderärztin der Familie ihre Entscheidung mitteilt, wird diese laut: „Sie setzen das Leben des Kindes aufs Spiel!“ Als sie mit dem Großen ins Krankenhaus muss, reagieren die Ärzte ähnlich. Wer nicht impfe, gefährde nicht nur seine eigenen Kinder, sondern vor allem auch die der anderen, mahnen die Mediziner.

Kleinkinder sind besonders gefährdet. Als Spätfolge einer Masernerkrankung tritt bei ihnen 200-mal so häufig eine tödliche Hirnentzündung auf wie in anderen Altersgruppen. Auch Menschen mit schweren Immunerkrankungen können nicht geimpft werden. Sie sind darauf angewiesen, dass das Virus sie nicht erwischt. Und je höher die Impfquote, desto größer auch ihr Schutz.

Ob ihr Verhalten nicht einfach egoistisch ist? So würde Priscilla Thiel das niemals sehen. „Ich glaube, dass meine Kinder dadurch gesünder sind, dass sie nicht vorbelastet sind“, sagt sie.

Deshalb sind chronische Impfverweigerer wie Priscilla Thiel längst zum Fall für die Politik geworden. „Es ist eine Frage der Verantwortung und auch der gesellschaftlichen Solidarität, dass man sich und andere durch eine Impfung vor Ansteckung schützt“, sagt etwa Gesundheitsminister Hermann Gröhe. Wer leichtfertig eine Impfung ablehne, gefährde auch die, die aus gesundheitlichen Gründen nicht geimpft werden können. „Ich finde die Vorstellung seltsam, es gebe eine Art Grundrecht auf die Ansteckung anderer“, sagt der CDU-Politiker.

In der Hauptstadt hat sich daher längst ein anderes Virus ausgebreitet: das Misstrauen besorgter Eltern.

„MASERN!!!! LEBENSGEFAHR! SEID IHR ALLE GEIMPFT?“, so schreit es in Versalien von einem Zettel am schwarzen Brett eines Kinderladens in Berlin-Friedrichshain. Eine Mutter hat sich mit ihrer Tochter im Eingangsflur aufgebaut, ihr Gesicht ist rot gefleckt. Nicht die Masern sind schuld, es ist die Empörung. „Wir brauchen jetzt Namen. Und Listen. Jeder muss sagen, ob er impfen lässt oder nicht“, fordert sie die Erzieher auf. Der vermeintlich tolerante Berliner Kiez macht jetzt Jagd auf Impfgegner.

Besorgte Eltern haben inzwischen sogar eine Art Impf-Inquisition entwickelt: Bekenne oder verschwinde. „Die Stichfrage lautet: Darf mein Sohn ein Kind zum Spielen mit nach Hause bringen, wenn ich dessen Eltern für potenzielle Impfgegner halte?“, sagt ein Vater.

Man ahnt bereits, wie seine Antwort ausfallen wird. Gegen Misstrauen gibt es keine Impfung.

Rafaela von Bredow, Markus Deggerich, Kristiana Ludwig, Cornelia Schmergal

„Wien ist Vorbild“

Religion Mouhanad Khorchide, Theologe aus Münster, lobt das österreichische Islamgesetz. Muslime würden in ihren Rechten gestärkt, Extremisten geschwächt.

Khorchide, 43, geboren in Beirut, hat 18 Jahre lang in Wien gelebt. Er leitet das Zentrum für Islamische Theologie an der Universität Münster und bildet seit 2011 Imame aus.

SPIEGEL: Österreich will mit einem neuen Islamgesetz die Integration der Muslime fördern. Kann das klappen?

Khorchide: Ja, ich glaube schon. Die fast 600 000 Muslime in Österreich erhalten durch das Gesetz neue Rechte: Sie haben einen Anspruch auf Seelsorge in Gefängnissen, Krankenhäusern, beim Militär. Österreichische Schulen müssen religiöse Speisegebote beachten. Islamische Feiertage werden vom Staat respektiert.

SPIEGEL: Wie finden das die Gläubigen?

Khorchide: Nicht alle sind einverstanden, denn zugleich raubt das Gesetz den muslimischen Gemeinden manche Privilegien.

SPIEGEL: Umstritten ist vor allem die Regelung, dass muslimische Vereine nicht mehr von ausländischen Geldgebern finanziert werden dürfen.

Khorchide: Die Entscheidung ist richtig. Der Einfluss ausländischer Regierungen und anderer Gruppierungen auf Muslime ist in vielen Ländern Europas ein Problem. Etwa 60 der 300 islamischen Prediger in Österreich sind aus der Türkei entsandt, in Deutschland ist der Anteil ähnlich hoch. Die türkische Regierung übt auf diese Weise eine Kontrolle über Migranten aus.

SPIEGEL: Muslimische Gemeinden fürchten, ohne Finanzhilfen aus dem Ausland nicht existieren zu können.

Khorchide: Die Sorge ist berechtigt. Die Behörden müssen deshalb bei der Umsetzung des Gesetzes behutsam vorgehen. Die Gemeinden können unmöglich von heute auf morgen komplett auf ausländisches Kapital verzichten.

SPIEGEL: Für andere Religionsgemeinschaften gibt es kein solches Gesetz. Die serbisch-orthodoxe Kirche oder die jüdische Gemeinde dürfen in Österreich weiterhin Geld aus dem Ausland beziehen. Können Sie nachvollziehen, dass Muslime über Diskriminierung klagen?

Khorchide: Ja, aber ganz ehrlich: Eine religiös-fundamentalistische Bedrohung geht in Europa gegenwärtig eben vor allem von Islamisten aus. Und ohne die Finanzierung aus Saudi-Arabien würden militant-salafistische Vereine in Österreich oder Deutschland kaum überleben.

SPIEGEL: Das Islamgesetz betont den Vorrang des Staates vor der Scharia. Werden Muslime in Österreich auf diese Weise unter den Generalverdacht gestellt, Dschihadisten zu sein?

Khorchide: So weit würde ich in der Interpretation des Textes nicht gehen. Wenn ich als Tourist aus Deutschland in die USA einreise, unterschreibe ich ebenfalls eine Erklärung, keine Straftaten zu planen.

SPIEGEL: Taugt das Gesetz als Blaupause für Deutschland?

Khorchide: Wien ist ein Vorbild. Österreich hat mehr Erfahrung im Umgang mit dem Islam und ist bei der Integration von Muslimen weiter als Deutschland. Das Gesetz ist streng genommen eine Fortentwicklung der Bestimmung von 1912. Das Habsburger Reich ordnete damals nach der Annexion Bosnien-Herzegowinas sein Verhältnis zu den Muslimen neu und akzeptierte sie als Religionsgemeinschaft. Die Islamische Glaubensgemeinschaft in Österreich (IGGiÖ) wird seit 1979 als zentraler Ansprechpartner von der Regierung anerkannt.

SPIEGEL: In Deutschland streitet ein halbes Dutzend Dachverbände um Einfluss.

Khorchide: Die Bundesregierung weiß oft nicht, an wen sie sich wenden soll. An Ditib, die größte muslimische Organisation in Deutschland? Oder an den Zentralrat der Muslime, der durch seinen Vorsitzenden, Aiman Mazyek, in der Öffentlichkeit präsent ist, aber nur einen Bruchteil der Gläubigen vertritt.

SPIEGEL: Braucht es also eine oberste Instanz der Muslime?

Khorchide: Ja. Auch in Österreich gibt es Interessenkonflikte zwischen muslimischen Verbänden, aber die IGGiÖ hat sich als oberstes Gremium etabliert. Sie ist als Körperschaft des öffentlichen Rechts den Kirchen rechtlich gleichgestellt. Ihre Mitgliedsverbände dürfen Friedhöfe unterhalten und Steuern eintreiben.

SPIEGEL: Sie selbst bilden an der Universität Münster seit 2011 Imame aus.

Khorchide: Ich bin froh, dass die Bundesregierung deutschlandweit vier Zentren für Islamische Theologie eingerichtet hat. Auf diese Weise lässt sich ein „europäischer Islam“ effektiv fördern. Österreich will nun ebenfalls einen solchen Lehrstuhl schaffen. Zumindest in dieser Hinsicht war Deutschland schneller.

Interview: Maximilian Popp

FOTO: MICHAEL DANNENMANN